

Der zweite Tag der Etatberatung

Sächsische Volkstammer

128. Sitzung.

Dienstag, 22. Juni 1920.

Die heutige Sitzung beginnt kurz nach 10 Uhr vormittags. Es wird in

die Aussprache

über die gestrige Regierungserklärung und den Haushaltsplan eingetreten.

Abg. Richter (Soz.):

Die gestrigen Ausführungen des Finanzministers über unsere Finanzlage waren von einem bemerkenswerten Optimismus getragen. Man könnte sie auf den ersten Blick für berechtigt halten, denn man muß zugestehen, daß der Fehlbetrag von 120 Millionen Mark hinter den gestrigen Haushaltsplan zurückbleibt, zumal allein 155 Millionen für die Erwerbslosenfürsorge in den ordentlichen Etat eingestellt worden sind. Auch haben sich die Weiriesberger-Einnahmen etwas günstiger gestaltet als erwartet werden konnte. Das gilt insbesondere von den Zinsen und der staatlichen Elektrizitätsversorgung. Auch soll noch ein Staatsvermögen von mehreren Milliarden vorhanden sein. Indessen — hier stehe ich schon —, ich weiß nicht, woher ein so hohes Staatsvermögen kommen soll. Im Jahre 1917 bezifferte sich dasselbe auf 1 428 000 000 M., woraus 1 081 000 000 M. auf die Staatsrentenbanken entfielen. Da wir unsere Rentenbanken an das Reich abgetreten haben, wird man also reichlich eine Milliarde absetzen müssen. Dann bleibt aber nur noch ein Staatsvermögen von nicht ganz einer halben Milliarde. Ich glaube also, der Finanzminister hat die Finanzlage etwas zu rosig angesehen. Dinge kommt, daß die Beschlüsse nach der neuen Verfassungsordnung mehr als 800 Millionen Ausgaben betreffen. Auch darf nicht übersehen werden, daß wenn gegenwärtig unsere Finanzlage etwas günstiger erscheint, der Fehlbetrag von 300 Millionen Mark, den unsere Eisenbahnen nach im letzten Jahre aufwiesen, im Besfall gekommen ist, ebenso 50 Millionen M. für Vereinfachung von Staatsausgaben. Herausgegeben ist weiter die Befolgung der Steuerbeamten. Damit ist aber lediglich

eine Veranschlagung der Lasten von Sachsen auf das Reich

eingetreten. — Die Parteien haben im Vorjahre einen Uebertrag von 75 Millionen abgeworfen, und in diesem Jahre ist ein solcher von 75 Millionen zur Einstellung gelangt, der bereits jetzt überschritten ist. Dieser Uebertrag ist aber nicht allein auf die hohen Holzpreise zurückzuführen, sondern auch darauf, daß bedeutend mehr abgezinst worden ist als nach den Jahresziffern zulässig ist. Wir rechnen mit unsern Parteien in bedenklicher Weise Hausbau! Wir müssen es allerdings, weil hier Vorschriften des Reiches bestehen. Jedemfalls dürfen aber im Interesse einer soliden Finanzgebarung die Einnahmen aus dem überstarkem Holzabsatz nicht in vollem Umfang in den Etat eingestellt werden. Wenn sich also auch unser Staatsvermögen im Verhältnis zu unsern Schulden verbessert gegenüber der Zeit, wo wir über 1 Milliarde Schulden hatten, so wird dadurch an unserer Lage doch keineswegs etwas geändert. Wir können unsere Eisenbahnwerte nicht mehr haben und stehen wirtschaftlich schlechter als jetzt. Dinge kommt, daß in nächster Zeit mit neuen Ausgaben zu rechnen ist. Der Finanzminister hat gestern auch unsere Wirtschaftslage besprochen und bemerkt, daß die augenblickliche Lage als der Anfang einer Gesundung unserer Wirtschaftslage betrachtet werden dürfte. Er hat es aber unterlassen, die finanziellen Konsequenzen aus diesem Entwicklungsprospekt zu ziehen. Die bevorstehende Wirtschaftskrisis wird neue Aufwendungen erforderlich machen. Die Erwerbslosenämter sind erneut aufzuwickeln und zu neuen Ausgaben führen. Auch werden die Kosten der Wirtschaftskrisis weniger bedingt als es auf den ersten Blick erscheint. Wahrscheinlich sind auch die im Etat eingestellten Ziffern durch die inzwischen erfolgte weitere Entwicklung der Verhältnisse überholt.

Dazu kommt

die große finanzielle Not der Gemeinden.

Der Finanzminister hat nicht verschwiegen, daß heute viele Gemeinden nicht mehr wissen, woher sie für ihre Ausgaben Deckung nehmen sollen. Er hat dies aber lediglich als Uebergangszustand betrachtet. Soweit das zutrifft, will ja das Reich die Vereinfachung der Verhältnisse übernehmen, die die Gemeinden aufnehmen müssen. In Frage kommen jedoch noch die großen Fehlbeträge in den Haushaltpänen der einzelnen großen Städte infolge der fälligen Verordnungen, die bald so groß sind wie der Fehlbetrag im Staatshaushaltplan. Nun ist den Gemeinden, aber nicht bloß von dem Staat das Recht der Einkommensteuerhebung genommen, sondern sie sind auf feste Abgabenstellungen angewiesen, während die Ausgaben der Städte unangeheuer und rasch steigen. (Sehr richtig!) Die Gemeinden mit ihren Einnahmen können nicht mehr die Ausgabenüberschüsse folgen. Dadurch werden die sozialen und kulturellen Aufgaben und

Einrichtungen der Gemeinden aufs schwerste gefährdet. Von allen Seiten heißt es: Stadt, hilf! und die Stadt weiß nicht, woher die Mittel dafür nehmen. Wo soll das hinaus! Die Finanznot der Gemeinden können mit der Finanzgebarung des Staates ziemlich eng zusammenhängen. Wenn man versucht, alle finanziellen Not in Reich und Staat auf die Finanzreform abzuschieben, so darf doch nicht übersehen werden, daß die neuen Steuerquellen erst zu fließen beginnen. Es fragt sich nun, ob nicht Staat und Gemeinden sich einen größeren Anteil an den Einnahmen aus den neuen Steuerquellen sichern können. Bei der Finanzreform des Reiches ist indessen kaum zu erwarten, daß das Reich mehr Mittel zur Verfügung stellt, als nach dem Landessteuergesetz Staat und Gemeinden zustehen. Inbezug müssen wir energisch fordern, daß das Reich uns eine Last abnimmt, die Sachsen besonders drückt, ich meine

die Erwerbslosenfürsorge.

und zwar nicht bloß das Drittel des Staates, sondern auch das Drittel der Gemeinden. Es soll nun beabsichtigt sein, die Erwerbslosenfürsorge vom 1. Juli an für alle die in Wegfall zu stellen, die länger als sechs Monate Unterfütterung bezogen haben. Ich halte das für eine sehr bedenkliche Maßnahme, denn gerade wie in Sachsen werden, wenn sie durchgeführt wird, dies am unangenehmsten zu veripären bekommen. Allerdings wird es notwendig sein, nachzuprüfen, ob bei denjenigen, die länger als sechs Monate Unterfütterung bezogen haben, auch die Voraussetzungen dafür vorliegen. Will man aber ohne weiteres allen denjenigen, die sechs Monate und länger unterfüttert wurden, die Erwerbslosenfürsorge entziehen, so wird die Folge sein, daß die Zahlen, zu denen jetzt das Reich noch zu einem Drittel beiträgt, in Form von Armenfürsorge ganz auf Staat und Gemeinden übergehen. — Man noch zu den

Reichsfinanzen

ein Wort. Richtig ist, daß wenn wir nach der Einkommensteuer hätten, die Finanzen von Staat und Gemeinden besser dastehen würden. Ich bin gewiß nicht mit allem einverstanden, was auf dem Gebiet der Steuerreform geschehen ist, indessen darf man doch nicht übersehen, daß die Finanznot des Reiches so groß war, daß es begrifflich ausfallen muß, wenn das Reich ein großartiges Problem versucht, sich der Steuern zu bemächtigen, die es gebrauchte, um aus seiner Finanznot herauszukommen. Wenn jetzt im Wahlkampf die Regierungsparteien für die Finanznot des Staates und der Gemeinden verantwortlich gemacht werden, so ist das unbillig und nur zu verstehen, daß die Befürworter nun mehr Steuern als früher zahlen müssen. Aber auch auf der radikalen Seite hat man die Bedeutung der Reichsfinanzen anscheinend heute noch nicht erkannt. Man verzweifelt auf die großen Industriebetriebe auf der einen und das Geld der Wägen auf der andern Seite. Aber noch dagegen zu tun ist haben die Abolition von links nicht gefügt; sie haben nur mit agitatorischen Schlagworten gearbeitet. Dadurch, daß die hohen Einkommen und Gewinne weggenommen werden, findet eine gewisse Sozialisierung statt. (Lachen bei den Unabhängigen.) Die verlässigste sozialistisch-demokratische Regierung hat seit Reichsfinanzen und Reichsfinanzen in Betracht kommen, nur die Sünden der Regierung unter dem alten Regime auszubaden gehabt. (Sehr richtig! bei den Soz. und Dem.)

Angelegenheit der finanziellen Maßnahmen der

Befolgungsreform

muß man sich fragen, ob die Gehaltsveränderungen und Zulagen nötig waren, ob man sie verantworten kann in einer Zeit, wo die Lösung besteht, sich durchzumachen. Insbesondere, ob es derzeitigt war, in den höheren Befolgungsgruppen solche Zuschläge zu geben? Man sollte doch nicht einmal daran gehen, die Befolgungsordnung einer gründlichen Revision zu unterziehen. Es wird nötig sein, eine Prüfungskommission im Reich einzusetzen, die zu erörtern hat, ob nicht wesentliche Veränderungen vorgenommen werden sollen. Es ist nicht zu verstehen, daß man die Ortszuschläge nach oben abgestuft hat, während man früher in Sachsen das Gegenteil getan haben. Ich halte es auch für unangenehm, daß die Steuerzuschläge überall in gleicher Prozentzahl Höhe gemacht werden. Man kann doch nicht geben, daß bei einem Gehaltsveränderungen, der 30 000 M. Gehalt beträgt, dieselbe prozentuale Steuerzuschläge berechnigt ist, wie beim Gehaltsänderungen. Die Befolgungsordnung muß also nach sozialen Gesichtspunkten umgestaltet werden. Dann wird auch die Finanznot, in die die Gemeinden durch die Befolgungsordnung geraten sind, gemildert werden.

Ein großes Unrecht ist es, wenn man als Schuldige für die jetzige Misere die heutige Regierung hinzustellen versucht, wenn man doch ganz genau, daß man es mit den Folgen einer unerschütterlichen Kriegspolitik zu tun hat. Dinge kommen die schwerste Steuerpolitik in der Kriegszeit und die unterlassene Erfüllung der Kriegsgeminn. (Sehr richtig!) Die Verhältnisse sind nicht besser geworden durch

die Wahlen vom 6. Juni.

die ich direkt als Unglücksfall bezeichnen muß. Die Situation ist danach noch schlimmer und bedrückender geworden, als es absehbar nach der Wahl war. Was hat man erreicht, daß man

über die Regierung, die sich in erster Linie den Wiederaufbau zur Aufgabe gemacht hatte, in fanatischer Weise bellte, lie in den Staub zog und bei den Wahlen verächtliche und so ein solches Wahlergebnis erzielte? Nichts ist erreicht, die Situation hat sich vielmehr verschlimmert. Mit einer Verhöhnung sondergleichen ist sowohl auf der rechten wie auf der linken Seite gegen die Regierung und die Regierungsparteien vorgegangen worden. Erreicht hat man nicht, daß die Basis für jede Regierungsabteilung zerfallen wurde. Man wird aus den Regierungsfraktionen nicht herauskommen. Kommt eine Regierung zu Stande, wie gegenwärtig, so wird sie schwächer sein wie die frühere und verhältnismäßig leicht zu Fall gebracht werden können. Das sind die Früchte der Verhöhnung, mit der der Wahlkampf von rechts und links geführt worden ist. In dieser traurigen Wahlart haben sich auch die Parteien auf der radikalen Seite beteiligt.

Man möge die Schuld, die auf anderer Seite liegt, auf die Regierung. Man ist mit dem Hunger kranken gegenwärtigen, indem man sagt, die Regierung sei schuld, daß das Volk hungern müsse. Dieselben Leute, die durch Streiks und Unruhen die Situation noch verschlimmern halfen! Was hat man erreicht? Nichts! Was es geht, eine Regierung der linksstehenden Parteien zu bilden, haben die Unabhängigen verweigert. (Sehr richtig! bei den Soz.) Abg. Cassan: Das Schimpfen ist leicht! Das unter solchen Umständen eine reaktionäre Regierung auszuwählen können kann, danach fragt man nicht auf jener Seite. Die Unabhängigen haben auch in Sachsen ihre Wirkungen ausüben. Eine gewisse Klärung ist ja nun getrieben eingetreten. Feststellen ist jedoch noch, daß die aus der Revolution hervorgegangene Volkstammer die Aufgabe mit auf den Weg bekommen hat, die Verfassungsvorlage zu verabschieden. Wir sind bereit, dem Verfassungsausschuß zuzustimmen, sobald die dringenden Aufgaben erledigt sind. Wir würden, wenn wir leicht auszuwählen berechnen wollten, die Verwirklichung bloß noch vorzuzögern. (Sehr richtig!) Wir dürfen uns deshalb nicht aus Verbitterung über die Ueberbahrung des demokratischen Gehaltens zu übertriebenen Handlungen hinreißen lassen. Wenn von der linken Seite gefordert wird, daß man der Volkstammer in der Zusammenberufung der Reichstagsversammlung gerecht werden muß, so ist das gewiß richtig, aber wer sagt uns, daß die Volkstammer am 6. Juni noch hier sei wie am 6. Juni. Schon die 14 Tage nach dem 6. Juni in Mecklenburg vorgenommenen Wahlen haben Ueberzahlungen gebracht. Die unabhängigen Stimmen sind erheblich zurückgegangen. Man sieht daraus, daß Volkstimmungen wenig dauerhaft sind. Um so weniger haben wir jetzt Verantwortung ohne weiteres auszuübergeben, besonders wenn man berücksichtigt, daß das Volk bei der letzten Reichstagswahl irreführt worden ist. Ich kann nur verheißern, daß die Sozialdemokratie und wohl auch die sonstigen Regierungsparteien aus dem Wahlkampf in dem Bewußtsein herausgegangen sind, das Beste für das Volk zu tun zu haben. Aus den Trümmern der Zusammenberufung haben wir den Wiederaufbau auf freier demokratischer Grundlage vorbereiten und durchführen wollen. Durch eine gewisse freundliche Haltung ist das bis zu einem gewissen Grade unserer Verhängnis geworden. Ich lebe aber in der Hoffnung, daß

die Wirren nach der Reichstagswahl ein intensiver politischer Aufschaukelungsunterricht

sein werden und die Wählerchaft, soweit das noch nicht der Fall ist, politisch reif werden und erkennen wird, daß das Volk irreführt worden ist, und daß es kein größeres Verhängnis geben kann, als wenn sich eine große Partei der politischen Verantwortung entzieht. Die Wählerchaft wird erkennen, daß die Partei, die dann verlor, wenn es gilt, die Verantwortung mit zu übernehmen, nicht die Partei ist, die die Interessen des Volkes in sich schwieriger Lage vertritt. Ob diese Erkenntnis schon bei den nächsten Wahlen kommen wird, muß abgewartet werden, daß sie aber kommen wird, dessen bin ich gewiß. In Deutschland ist nur eine Regierung möglich, die sich auf die Volksmehrheit stützen kann, das ist aber nur eine sozialistisch-demokratische Regierung.

Auf der rechten Seite gibt man sich allerdings der Hoffnung hin, noch die Macht an sich ziehen zu können. Das ist eine völlige Verkennung der Tatsachen. Die Zeichen der alten Rechte sind ein für allemal dahin. Aus den Trümmern eines zusammengefallenen Hauses läßt sich nicht wieder ein neues Haus errichten. Das mögen sich diejenigen gesagt sein lassen, die eine starke Regierung nach alter Weise wollen.

In Deutschland ist weder eine Militärdiktatur noch eine Aristokratie denkbar, sondern nur eine starke Regierung auf rein demokratischer Grundlage. Die Arbeiter können sich nur geltend machen durch ihre große Zahl, die nicht kann aber nur zum Ausdruck kommen durch die Demokratie. Die Organisationskräfte der Revolution sind eher zu ruinieren als zu erneuern. Ein Wiederaufbau ist nur möglich unter einer demokratischen Regierung mit sozialdemokratischer Führung, wenn wir unser Volk vor dem Untergang betahren wollen. (Sehr, Bravo! bei den Soz.)

Abg. Günther (Dem.) begrüßt die Bilanzierung des Etats durch den Finanzminister. Ob der Staat die Schul- und Armenlasten übernehmen könne, hängt davon ab, welchen Anteil an den Reichsfinanzen der Staat erhalte und in welchem Umfang sich die Staatsfinanzen aus eigenen Steuern ohne Ueberlastung der Steuerschüler aufbessern lassen. Eine der wichtigsten Aufgaben des

Der Wildschuß

Roman von Hermann Torn

„Stad' bist!“ schrie der Bürgermeister aufs neue, „Karr du!“

„Hat er einen Meineid geschworen, der Kammer!“ schrie man lachend vom Nebentisch.

Und nun sah Kaver Bauer, wie den Bürgermeister seine Frau anstieß und große, beledigte Augen machte, denn sie war eine stolze, und der Fadinger bekam über den Ruf das Lachen und schrie: „Ich nicht — ich nicht — — — Weineid, das gibt's ja nicht — — —“ und auf einmal duckte er sich trotz seiner Trunkenheit und stieß mit dem Bürgermeister an und sagte: „Auf gute Verwandtschaft — ich denke, mein Karl, das gibt einen guten Adlerwirt, der hat immer einen guten Kopf gehabt — da schaut's die jungen Leute — — —“

Da saßen wirklich die Kinder der zwei Familien eng aneinandergeschmiegt, hatten die Hände ineinander und sahen sich mit ihren dicken, von Wein und Liebe glänzenden Gesichtern selbstvergessen an, daß plötzlich an den Tischen ringsum ein Hallo ausbrach. Einige feingekleidete junge Herren zwangen sich in die Bänke an dem Tisch und begannen Reden zu halten. Da sei ein Weinig und eine Braut, und denen müßten die Eltern den Segen geben, denn das läßt man, hier wohnt die wahre Liebe. Und der Fadinger und die andern lachten dazu, und die Bürgermeisterin machte ein ernstes Gesicht und sagte zu ihrem Mann: „Daus, was sagst du dazu?“ — denn sie hatte ordne Pläne mit ihrer Tochter verabschiedet. — „Das ist dein annehmbar, Kuntande!“ erwiderte ihr Mann, und die Studenten drüben: „Dau, Frau Kuntande!“ und begannen plötzlich ein Lied von einer Kuntande zu singen, bis der Bürgermeister sie streng anordnete: „Keine Herren, bitt schön, ein bißl Spaß geht schon, aber das sind Familienangelegenheiten.“

Und darüber war ein großer Jubel, und Kaver Bauer schüttelte die Ellbogen auf den Tisch und suchte sich auf alles zu besinnen, sah den Kopf der Frau Bürgermeister, auf dem ein großer, häßlicher Qui schwankte und wackelte, wie ein Baum, und war auf einmal allein und wunderte sich, daß dem so war. Aber wirklich, die ganze Gesellschaft war fort. Ueberall gab es leere Tische, und die Musiker oben auf dem Podium packten ihre Instrumente zusammen. Ein Alter mit einem

weißen Wollbart sah gerade aus einem Maßkrug heraus und tat einen tiefen Seufzer.

Da leuchtete er auch und lachte zugleich und schickte sich an, zu gehen. Vorher kaufte er sich noch eine große Lütze mit Weintrauben, die er frampfhaft in beiden Händen hielt, als er langsam in der Dämmerung der Stadt zuging.

XXIV

Der kühle Wind, der durch die Straßen zu wehen begann, machte Kaver Bauer auf seinem Wege etwas nüchtern. Er begann wieder zu gehen, wenn ihn auch das Gefühl völliger Seligkeit noch nicht verließ. Das kam aus dem Unbekannten, frei zu sein und dann von der Vorstellung des wackelnden Dutes der Frau Bürgermeister, worüber er immer wieder lachen mußte.

So kam er in die Nähe seines Kellers, und weil er die Schlüssel bei sich hatte, ging er die Treppe hinauf und stapfte durch den dunklen Gang nach der Türe.

Unterwegs ließ er seine Trauben fallen und als er sich vom Büden erhob, stand Frau Winter mit erhobener Stimme vor ihm und starrte ihn erschrocken an.

„Ja, der Herr Bauer,“ rief sie, „ja — oh mein Gott — oh mein Gott!“

„Was?“ antwortete er, „ist was passiert?“

„Nein, nur —“ sagte sie und schritt mit der Lampe voraus, „weil Sie doch nicht da waren und ich über das Oktoberfest eine Schwester aus Augsburg da habe, daß ich sie halt da rein gelegt. Gerade ist sie auch von der Wiese gekommen. — Oh du mein Gott!“

Die Worte an die Türe und als niemand antwortete, drückte sie. Da sah eine Frau von mittleren Jahren in bloßen Armen und einem Unterleibchen vor der Lampe und lachte ihnen entgegen.

„Wen bringt du denn da, Maria? Einen Herrenbesuch? Und erst noch ein netten jungen Herrn? Ja, junge Herren mag ich schon lieber als alte —“

Dazu lachte sie mit geröteten Wangen, aber nicht froh, sondern als bei einem erlaubten Scherz und gut aufgelegt durch die Getränke des Festes.

Aber Maria hielt ihr sofort ihre Jacke hin und räumte zugleich ihre Sachen vom Tisch.

„H!“ sagte sie, „der Herr ist gekommen und bleibt selber über Nacht.“

Man sah deutlich, wie die Frau einen neuen Scherz plötzlich abbrach. „Der,“ sagte sie, begann eilig einzupacken und verschwand ohne ein weiteres Wort.

Frau Winter mochte mit der Eile der überfallenen Hausfrau Ordnung und hat dabei immer um Entschuldigung. „Der Herr Landgerichtsrat,“ sagte sie hastig, „hat auch geschrieben, schon vor acht Tagen. Die Wiese ist für ein Jahr bezahlt und die Sachen gehören Ihnen.“

„Ja,“ fuhr sie fort, als der Wildschützer nicht antwortete, „das sind meine Herrschaften, die Weiskafs und die Baron Hofdens.“

Zwischen ihren Neben sprach sie die Betten zurecht, und bevor sie ging, fand sie gefällig und höflich wie ein Zimmermädchen vor ihm und fragte, ob er noch einen Wunsch habe. Daß ihm das alles nun gehören sollte, hatte Kaver Bauer so hingeworfen, wie an einem Tag der Schenkente noch ein mehr empfängt.

Rund setzte er den Spirituskocher an, stellte den Wassertopf auf die blaue Flamme und begann Kaffee zu mahlen. Er konnte dabei durch das große Fenster gerade wieder die erleuchtete, viereckige Dachluke sehen.

Darüber lachte er, sah sich um und warf sich auf seinen Divan. Dort streckte er sich und schlüpfte den Kopf, daß er nun wieder hier in dieser Herrenwohnung war und alles so anders war als in diesen Wochen, die nunmehr wie etwas Unbegreifliches hinter ihm lagen und nun dieses Neue etwas unbegreiflich erscheinen ließen.

Darauf kam er dem heißen, starken Kaffee und eine neue Erregung über ihn. Die machte ihn nüchtern und hob ihn gleichsam in eine Leere dreierlei Stimmung, aus der sich begehrlische Mächte reisten, Material zu neuem inneren Erlebnis herbeizutragen.

Er runzelte die Stirne, denn er erinnerte sich des Betragens des Berliners und des Riefels, ob er ihn wohl mit Absicht nicht hatte sehen wollen, und zugleich kam eine große Hier nach Menschen in ihm auf, daß er sich ohne weiteres erhob, auf die Straße ging und die Richtung nach der Wohnung des Berliners einschlug.

Da er aber eine Ecke hatte, selbst eintrateten, obwohl er den Gedanken von außen neben seiner Prant und einer andern Frau am Tisch bei der Lampe sitzen sah, schickte er einen Buben hinein und wartete ungeduldig.

(Fortsetzung folgt)

